

BESCHLUSSVORLAGE

für die Sitzung des Bundesvorstandes am 18. März 2024

Die Neue Grundsicherung

Die Politik der CDU Deutschlands ist geprägt vom christlichen Menschenbild. Dieses Bild vom Menschen ist grundsätzlich ein positives. Wir gehen davon aus, dass jeder Mensch etwas kann. Wir sind der festen Überzeugung, dass Arbeit sinnstiftend ist und Teilhabe sowie Eigenständigkeit ermöglicht. Dafür braucht es einen starken aktivierenden Sozialstaat, der den Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung folgt.

Jeder in unserem Land kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er Hilfe benötigt. Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig. Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil. Sie alimentiert und lähmt damit Menschen. Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität. Und letzten Endes ist sie ineffizient und teuer. Und genau das sehen wir gerade in der Politik der Ampel: Schlechte Sozialpolitik.

Das gilt insbesondere in Zeiten eines enormen Arbeitskräftemangels. Es ist nicht hinnehmbar, dass trotz dieses Arbeitskräftemangels die Zahl der Arbeitslosen seit Jahren erstmals wieder steigt. Wir wollen eine Rückkehr zu einem System des Forderns und Förderns, um den Menschen zu helfen, ihre Arbeitskraft in die Gesellschaft einzubringen, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen und ihren Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft zu bestreiten.

Die große Mehrheit der Menschen in der Grundsicherung will arbeiten und versucht, das System zu verlassen. Diese Menschen, die unsere Hilfe wirklich brauchen, müssen wir besser unterstützen. Eine Minderheit, die sich nicht an die Regeln hält bzw. diese ausnutzt, bringt das gesamte System in Verruf. Deshalb fordern wir:

24 **Einen Namen, der Klarheit schafft.** Grundsicherung steht nicht jedem zu, sondern ist eine
25 Unterstützung für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch eigene Arbeit oder
26 Vermögen bestreiten können. Der Name „Bürgergeld“ führt in die Irre und ist Ausdruck des
27 politischen Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses Konzept lehnen
28 wir klar ab. Deshalb werden wir das „Bürgergeld“ in „Neue Grundsicherung“ umbenennen
29 und das Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen.

30 **Bessere Arbeitsanreize.** Mit der Einführung des Bürgergelds wurden Anreize gegen eine
31 Arbeitsaufnahme und Mehrarbeit gesetzt. Wir fordern eine Reform der
32 Hinzuverdienstgrenzen, um die finanziellen Anreize, Arbeit generell bzw. mehr Arbeit
33 aufzunehmen, zu erhöhen, damit die Menschen am Ende des Monats tatsächlich mehr Geld
34 in der Tasche haben.

35 **Vermitteln, vermitteln, vermitteln.** Das Ziel muss die Vermittlung in Arbeit sein. Viele
36 Menschen sind seit vielen Jahren auf die Grundsicherung angewiesen. Ihnen fehlt die
37 passende Qualifikation oder sie sind durch Krankheiten nur bedingt arbeitsfähig. Wir
38 fordern, dass der Fokus der Jobcenter wieder stärker auf eine intensive und qualifizierende
39 Unterstützung der Hilfeempfänger gelegt wird, damit diese langfristig auf dem ersten
40 Arbeitsmarkt Fuß fassen. Die Beratungsdichte muss erhöht, die Fallbelastung reduziert
41 werden. Beratung, Potenzialanalysen und Vermittlung sind dabei wichtige und zentrale
42 Instrumente. Es muss sichergestellt sein, dass die Jobcenter für die Eingliederung
43 ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Dabei ist es für uns eine
44 Selbstverständlichkeit, dass Menschen, die einen Antrag auf Grundsicherung stellen, von
45 Jobcenter-Mitarbeitern respektvoll und höflich behandelt werden müssen. Umgekehrt gilt
46 dasselbe. Wir wollen verbindliche Eingliederungsvereinbarungen, um Rechte und
47 Pflichten klar zu regeln.

48 **Prozesse automatisieren und digitalisieren.** Durch mehr Digitalisierung und
49 Automatisierung müssen Verwaltungsprozesse massiv verschlankt werden. Künstliche
50 Intelligenz kann dabei z. B. bei Identitäts-, Antrags- und Unterlagenprüfungen
51 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlasten und Prozesse beschleunigen. Häufig steht der
52 Datenschutz solchen Lösungen im Weg. Wir werden den Datenschutz in Deutschland auf
53 der Grundlage europäischer Mindeststandards handhabbar machen. Wir werden dafür
54 Sorge tragen, dass die Ressourcen im Jobcenter nicht in unnötig komplizierte
55 Berechnungen von Auszahlungen anstatt in die Betreuung von Arbeitssuchenden fließen.

56 **Integration durch Arbeit.** Viele Menschen, die Grundsicherung beziehen und keiner
57 Beschäftigung nachgehen, sind als Asylsuchende in unser Land gekommen. Ihnen fehlen
58 Sprachkenntnisse oder die Anerkennung ihrer erlernten Berufe. Das System der
59 Grundsicherung setzt aktuell zu wenige Anreize, zunächst auch einfache, nicht der eigenen
60 Qualifikation entsprechende Arbeit anzunehmen. Wir sind der Ansicht, dass fehlende
61 Deutschkenntnisse der Aufnahme von Arbeit je nach Branche und Berufen nicht per se
62 entgegenstehen. Es sollte daher mit der Arbeitsvermittlung nicht darauf gewartet werden,
63 bis Integrations- oder Sprachkurse abgeschlossen sind. Vielmehr lehrt die Erfahrung, dass
64 Spracherwerb gerade auch im Arbeitsalltag stattfindet. Wir halten es daher für sinnvoll und
65 auch zumutbar, den weiteren Spracherwerb auch berufsbegleitend fortzuführen. Gerade
66 für Alleinerziehende mit kleinen Kindern muss dabei die Kinderbetreuung sichergestellt
67 sein.

68 **Sanktionen als Mittel für Akzeptanz.** Jeder hat die Verpflichtung, alles zu tun, um
69 möglichst schnell wieder ohne die Unterstützung der Solidargemeinschaft auszukommen.
70 Mit dem Aussetzen von Sanktionen hat die Ampel den Mitarbeitern der Jobcenter die Mittel
71 genommen, diesen berechtigten Anspruch der Steuerzahler auch einzufordern. Deshalb
72 wollen wir Sanktionen schneller, einfacher und unbürokratischer durchsetzen. Für uns ist
73 klar: Jeder, der arbeiten kann, sollte auch einer Arbeit nachgehen. Lehnt ein arbeitsfähiger
74 Grundsicherungsempfänger ohne sachlichen Grund eine ihm zumutbare Arbeit ab
75 („Totalverweigerer“), soll zukünftig davon ausgegangen werden, dass er nicht bedürftig ist.
76 Ein Anspruch auf Grundsicherung besteht dann nicht mehr. Dabei werden wir
77 sicherstellen, dass die Kinder und Partner nicht unter dem Verhalten von
78 Totalverweigerern leiden.

79 **Termine müssen wahrgenommen werden.** Persönliche Gespräche mit den
80 Arbeitsvermittlern in den Jobcentern sind essenziell für die Beratung, Qualifizierung und
81 Vermittlung von Grundsicherungsbeziehern. Wir wollen diese Mitwirkungspflicht stärker
82 einfordern. Künftig soll jeder, der zu Terminen ohne sachlichen Grund mehr als einmal
83 nicht erscheint, zunächst keine Leistungen mehr bekommen. Diese einbehaltenen
84 Leistungen sollen erst dann ausbezahlt werden, wenn der Gesprächsfaden wieder
85 aufgenommen wird. Wenn es auch nach drei Monaten keinen Kontakt mehr zum Jobcenter
86 gegeben hat, soll davon ausgegangen werden, dass keine Hilfsbedürftigkeit mehr vorliegt.
87 Damit wollen wir zur Mitarbeit motivieren und die Vermittler in den Jobcentern bei ihrer
88 wichtigen Arbeit unterstützen.

89 **Solidarität nur für diejenigen, die wirklich Hilfe benötigen.** Wer Vermögen hat, darf die
90 Solidarität der Steuerzahlergemeinschaft nicht in Anspruch nehmen. Wir wollen die
91 Karenzzeit von 12 Monaten abschaffen und künftig wieder ab dem ersten Tag in der
92 Grundsicherung eine Vermögensprüfung durchführen. Wir fordern, die Grenzen für
93 Schonvermögen abzusenken und das Schonvermögen von der Zahl der Arbeitsjahre
94 abhängig zu machen. Ebenso wollen wir die lange Karenzzeit für die Übernahme der
95 Unterbringungskosten in unverhältnismäßig großem und teurem Wohnraum abschaffen.
96 Dabei gilt es, Obdachlosigkeit zu vermeiden.

97 **Sozialleistungsmissbrauch bekämpfen.** Großangelegter Sozialleistungsmissbrauch, im
98 Inland sowie durch im Ausland lebende Menschen, muss beendet werden. Dazu fordern
99 wir einen vollständigen Datenaustausch zwischen den Sozial-, Finanz- und
100 Sicherheitsbehörden und einen starken Rechtsstaat. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit
101 wollen wir weiter stärken und so härter gegen diejenigen vorgehen, die illegale
102 Beschäftigung betreiben oder die „schwarz“ arbeiten.

103 **Den Anpassungsmechanismus modernisieren.** Es soll weiterhin eine jährliche
104 Anpassung der Regelsätze erfolgen. Es ist richtig, dass steigende Preise nicht erst
105 rückwirkend zu höheren Grundsicherungsleistungen führen. Die historisch hohen
106 Inflationsraten der letzten zwei Jahren haben jedoch zu unverhältnismäßigen
107 Anpassungen und damit Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung geführt. Solche Extreme
108 wollen wir künftig verhindern.

109 **Ein einziges System der Grundsicherung.** Derzeit existieren in Deutschland zwei
110 unzureichend aufeinander abgestimmte Sicherungssysteme: das Bürgergeld auf der einen
111 Seite und auf der anderen Seite ein Grundsicherungssystem, das Wohngeld, Kindergeld,
112 Kinderzuschlag und den Unterhaltsvorschuss umfasst. Das Nebeneinander dieser Systeme
113 ist kaum zu durchschauen und führt dazu, dass der Zugang zu den Leistungen für die
114 Menschen in unserem Land erheblich erschwert wird. Wir wollen perspektivisch diese
115 Systeme daher in eine neue und einheitliche Grundsicherungsstruktur überführen.